

Fernsehen und Hörfunk des WDR sollen Lust auf Kultur machen



Kulturpolitische Aufgaben des Westdeutschen Rundfunks (WDR) war einer der Tagesordnungspunkte, die der Kulturausschuss unter seiner Vorsitzenden Renate Düttmann-Braun (CDU) in der letzten Sitzung abzuarbeiten hatte. Der stellvertretende WDR-Hörfunkdirektor und Programmchef WDR 5, Wolfgang Schmitz, und der Kulturchef des WDR-Fernsehens, Helfried Spitra, legten den Ausschussmitgliedern ihre Berichte vor.

Nach Schmitz' Worten wird das Hörfunkprogramm des WDR auf fünf Rundfunkwellen und in sechs Programmen ausgestrahlt. Für die Kultur würden am Tag einige Stunden und Sendeplätze angesetzt. Kultur werde im WDR-Hörfunk nicht nur in „Minderheitenprogrammen“, die nur eine bestimmte Klientel ansprechen, gesendet, sondern auch in „Massensendungen“ untergebracht, die möglichst viele ansprechen sollen. Der WDR-Hörfunk erreicht insgesamt täglich 7,5 Millionen Hörer, auf die Kultursender WDR 3 und WDR 5 entfielen dabei noch eine Million Hörer.

Kultur, fuhr Schmitz (oberes Bild links) fort, solle nicht mehr nur in eigens dafür vorgesehenen Sendungen gesendet werden, sondern im laufenden Programm ständig mit einfließen. Es gebe natürlich immer noch Sendungen, die speziell Gruppen mit Kultur „versorgen“ sollten. WDR 4 zum Beispiel spreche mit Sendungen wie „Klang-

körper“ eher das ältere Publikum an, während „Eins LIVE“ für das jüngere Publikum konzipiert wurde. Auch „Talkshows“, wie der „Montalk“, bei dem jeder dritte Gast aus der Kultur kommt, Hörspiele (es werden ca. 130 Sendungen im Jahr produziert, die bis zu 300 000 Hörer pro Woche haben), Spätsendungen, Sendungen zur klassischen Musik oder auch zu regionalen Belangen bieten, so der stellvertretende Hörfunkdirektor, den Zuhörerinnen und Zuhörern ein umfassendes kulturelles Angebot. Neben Vermittler sei der WDR auch Förderer von Kultur in NRW. Große Musikfestivals würden genauso unterstützt wie Kleinkunstprojekte. Der WDR sei auch Produzent und habe viele Künstler aus unterschiedlichen Bereichen angestellt. Der WDR wolle im Hörfunkbereich zunehmend „Lust auf Kultur machen“. Dazu gehörten vermehrt Hinweise auf Kulturveranstaltungen im ganzen Landesgebiet und mehr Serviceleistungen, wie zum Beispiel Informationsangebote im Internet.

Helfried Spitra (oberes Bild rechts) referierte über das Kulturangebot im WDR-Fernsehen. Der WDR arbeite nicht nur für das eigene Fernsehprogramm und das der ARD, sondern produziere auch Sendungen für ARTE, 3sat und PHOENIX. Die Themen der Sendungen würden oft auf allen diesen Kanälen gezeigt, aber mit anderer Gewichtung im Inhalt, ob nun eher populär oder eher akademisch. Der Umfang und die Qualität der Wissenschafts- und Kulturabteilung

des WDR suche in Deutschland wahrscheinlich ihresgleichen. Weiter gebe es ein umfassendes Angebot an Bildungs- und Musikprogrammen.

Sendungen wie der Kulturspiegel in der ARD, Globus, Abenteuer Erde, Kopfball oder auch die Sendung mit der Maus sind zu viel gesehene Dauerbrenner geworden, betonte Spitra. Es würden aber auch immer wieder neue Informations- und Kultursendungen ins Programm aufgenommen. Ein Beispiel sei die neu geplante Kindersendung „0-8-13“, oder eine Sendung am Sonntagvormittag, die 90 Minuten dauern wird und ein breit gefächertes Kulturangebot zeigen soll.

Für die Zukunft wolle der WDR sein Profil gezielt „schärfen“ und durch Partnerschaften mit dem Land und Firmen sein Kultur- und Informationsangebot sichern und ausbauen. *Christian Plog*

Zukunftsrat eingesetzt

In einem Schreiben an Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) mitgeteilt, die Landesregierung habe einen „Zukunftsrat NRW“ eingesetzt. Der Rat habe die Aufgabe, die Landesregierung in allen mit der Agenda 21 NRW und der nachhaltigen Entwicklung zusammenhängenden Fragen zu beraten. Die erste Sitzung soll am 17. Oktober stattfinden.

Dem Zukunftsrat NRW gehören 26 hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft, Kirche, Gesellschaft, Kultur, Sport und Medien an. Die Umweltministerin nennt ihre Namen: Professor Dr. Ursula Boos-Nünning, Rektorin der Universität Essen, Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Jochen Flasbarth, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland, Dr. Thomas Fues, Eine-Welt-Beauftragter der Landesregierung, Franz Grave, Essener Weihbischof, Dieter Henrici, geschäftsführender Firmengesellschafter, Annette Hering, Bauunternehmerin, Gerburg Jahnke, Künstlerin („Missfits“), Dr. Jürgen Kluge, McKinsey-Deutschlandchef, Dr. Kora Kristof, Wuppertal Institut, Johannes Lackmann, Bundesverband Erneuerbare Energie, Ewald Liene, Trainer 1. FC Köln, Jeanine Meerapfel, Filmregisseurin, Professor Dr. Franz Nuscheler, Direktor des Duisburger Instituts für Entwicklung und Frieden, Fritz Pleitgen, WDR-Intendant, Dr. Marga Pröhl, Bertelsmann Stiftung, Professor Dr. Friedrich Schmidt-Bleek, Institut Faktor 10 in Carnoules/Provence, Marion Schmidt-Wefels, Betriebsrätin Krefeld, Nicolaus Schneider, Vizepräsident Evangelische Kirche im Rheinland, Dr. Michael Schulenburg, Cognition Deutschland, Britta Steilmann, Textilunternehmerin, Lena Strothmann, Handwerkskammer Bielefeld, Gerd Tenzer, Deutsche Telekom, Lutz Weischer, Sprecher der BUNDJugend NRW, Dr. Loretta Würtenberger, Unternehmerin, und Dr. Jürgen Zech, Vorstandsvorsitzender Gerling Versicherungs-Beteiligungs-AG.



Vor dem Sachverständigengespräch: Ausschussvorsitzende Gisela Walsken (SPD) im Gespräch mit dem Direktor des Verbandes der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen, Staatssekretär a. D. Burghard Schneider (r.), daneben (von links) Geschäftsführer Rainer Witzel und Holger Hentschel von der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG). Der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen hat zu dieser öffentlichen Sitzung am 10. September Sachverständige hinzugezogen, um sich über die Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Privatisierung von Wohnungsbeständen in Nordrhein-Westfalen informieren zu lassen. Dabei wurde deutlich, dass der Verkauf oder die Privatisierung von Mietwohnungen tief greifende Auswirkungen auf die Wohnungsinhaber hat. Die künftige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wird den zuständigen Fachausschuss weiterhin beschäftigen.

Foto: Schälte